

Zukunft für den ländlichen Raum

Thesenpapier der CDU zu den Problemen der Landwirtschaft

Unser Land Nordrhein-Westfalen hat eine Reihe schwerer Strukturprobleme zu bewältigen. Neben den Beschäftigten im Bergbau und in der Stahlindustrie sehen vor allem die Bauern und ihre Familien sorgenvoll in die Zukunft. Die CDU Nordrhein-Westfalen stellt sich diesen Herausforderungen.

Nach den Sitzungen in Hattingen und Aachen war der Landesvorstand der CDU NRW bei seiner letzten Sitzung in Werl und Lippstadt. Hier wurden die Probleme des ländlichen Raumes erörtert. Eine Delegation des Landesvorstandes unter der Führung von Norbert Blüm machte sich am ersten Tag auf zwei Höfen sachkundig. Die Besichtigung von Kuh- und Schweineställen gehörte dabei selbstverständlich zum Programm. Eine Gruppe von Jungbauern nutzte die Gelegenheit, mit Plakaten und Transparenten auf den Landwirt-Alltag und seine bedrückende Situation aufmerksam zu machen: „Zum Sterben verurteilt“ oder „Heute Bauer — morgen arbeitsloser Nebenerwerbsbauer“ war da zu lesen.

Im Anschluß an die Besichtigung diskutierte der Landesvorstand ein siebenseitiges Thesenpapier zur Zukunft des ländlichen Raumes mit den Landwirten und Vertretern bürgerlicher Organisationen. Die CDU-Vertreter waren der Auffassung, daß den Bauern nicht mit kurzfristigen Hilfsprogrammen zu helfen ist, sondern nur mit einer Veränderung der langfristigen Rahmenbedingungen. Die Bauern hätten das Recht, auf ihre Fragen

eine nüchterne, ehrliche und an der Zukunft orientierte Antwort zu erhalten.

In dem Thesenpapier, das der Landesvorstand am 2. Tag bei seiner Sitzung in Lippstadt als Diskussionsgrundlage verabschiedete, werden folgende Vorschläge gemacht:

1. Die europäische Agrarpolitik muß den veränderten Bedingungen gerecht werden. Die wichtigsten Voraussetzungen für eine Gesundung der Agrarpolitik ist der Ausgleich der Agrarmärkte. In der EG-Agrarpolitik fehlte es für die einzelnen Länder an Anreiz, sich für einen Abbau der Überschußproduktion einzusetzen. Wenn die gemeinsame Finanzierung der

CDU



Unser neues Erkennungszeichen

Das ist es, das neue Signet der CDU Nordrhein-Westfalen. Nach dem Landesparteitag können Sie unser neues Erkennungszeichen als Autoaufkleber bei Ihrer Kreisgeschäftsstelle bekommen.

EG begrenzt würde, könnte mit den freiwerdenden Geldern Arbeitsplätze in ländlichen Räumen finanziert werden.

2. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirte sichern. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft setze sich fort. Es gehe darum, die Existenz der wettbewerbsfähigen bäuerlichen Familienbetriebe zu sichern. Die Stillegung ganzer Betriebe erleichtert nach Meinung der CDU diesen Strukturwandel und entlastet den Markt. Eine Vorruhestandsregelung soll diese Stillegungen ebenso erleichtern wie sonstige finanzielle und soziale Maßnahmen. Stillegung solle aber nicht Liegenlassen bedeuten. Wir brauchten vielmehr eine aktive Landschaftspflege: Auch dürfe der Strukturwandel nicht zu einer Entleerung ländlicher Räume führen.

Die CDU NRW fordert daher eine aktive

Politik für den ländlichen Raum. Sie soll umfassen:

- eine nachhaltige Förderung von Forschung und Entwicklung nachwachsender Rohstoffe, um für die bäuerlichen Betriebe neue Produktionschancen zu erreichen,
- die Weiterverarbeitung nachwachsender Rohstoffe in ländlichen Räumen zu fördern,
- die Stärkung des Aus- und Fortbildungswesens für Jugendliche aus dem ländlichen Raum,
- die Durchführung eines Mittelstandsprogramms für die ländliche Wirtschaft unter Einschluß des Dienstleistungsgerbes,
- die Stärkung der Infrastruktureinrichtungen im ländlichen Raum, vor allem im Verkehrs- und Kommunikationswesen.

In Anerkennung ihrer besonderen Verdienste um Volk und Staat hat Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker die CDU-Bundestagsabgeordnete und Landesvorsitzende der Frauenvereinigung NRW, Obfrau im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie stellv. entwicklungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion

Frau Leni Fischer

mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Bundestagspräsident Dr. Philipp Jenninger überreichte die hohe Auszeichnung am 11. November 1987 im Rahmen einer kleinen Feier im Bundeshaus.

Der Präsident des nordrhein-westfälischen Landtags, Karl Joseph Denzer, ehrte am 10. November 1987

Herrn Lothar Hegemann

Mitglied der CDU-Landtagsfraktion, Kreisvorsitzender von Recklinghausen und Vorsitzender des Landesfachausschusses Umwelt, mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

CDU für Raumfahrtagentur in NRW

Die CDU NRW hat sich in den vergangenen Wochen wiederholt für eine Ansiedlung der geplanten Raumfahrtagentur im Raum Köln/Bonn eingesetzt, um eine Signalwirkung für die Entwicklung dieser Zukunftstechnologie in Nordrhein-Westfalen zu erwirken. Die Landesregierung darf diese Chance nicht aus Rücksicht auf die Zerstrittenheit innerhalb der SPD in der Weltraumpolitik verspielen.

Die ideologisch motivierte Technikfeindlichkeit der SPD gefährdet die Überlebensfähigkeit der gewachsenen Strukturen an Rhein und Ruhr. NRW ist nur zukunftsfähig, wenn traditionelle und neue Technologien und Industrien schöpferisch zusammenwirken. Ministerpräsident Rau muß für politische Klarheit sorgen, um rechtzeitig die richtigen Weichenstellungen in der Forschungs- und Technologiepolitik des Landes zu ermöglichen.

Die nordrhein-westfälische Union wird im Bundestag, im Bundesforschungsministerium und über den Landesvorsitzenden Dr. Norbert Blüm im Bundeskabinett alles unternehmen, um die geplante Agentur in den Köln/Bonner Raum zu holen. Eine Entscheidung sei noch nicht gefallen, auch nicht zugunsten anderer Standorte, erklärte der wissenschaftliche Sprecher der CDU NRW, Jürgen Rüttgers.

Die Raumfahrtagentur ist Element einer zukunftsorientierten deutschen Weltraumpolitik. Eine aktive und gestaltende Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an der friedlichen Nutzung des Weltraums ist aus wissenschaftlich-technologischen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Gründen unverzichtbar.

Ein Land mit einem großen Anteil der Stahlindustrie und anderen werkstoffproduzierenden Unternehmen muß im Bereich der Weltraumforschung die Chance nutzen, durch neue Methoden

der wirtschaftlichen Struktur neue Impulse zu geben, vor allem auch im Bereich der mittelständischen Unternehmen.

Die Landesregierung sollte in Kooperation mit Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen die Einrichtung eines Weltrauminstituts NRW als Koordinationsstelle anstreben. Bisher sind die ca. 13 Milliarden DM staatlicher Raumfahrtförderung weitgehend an NRW vorbeigelaufen. Das industrielle Potential ist entsprechend schwach entwickelt. Diese Situation wird sich nicht von heute auf morgen ändern lassen. Aber das Interesse an raumfahrtbezogenen Aktivitäten ist nach vorliegenden Untersuchungen in NRW sehr groß. Deshalb die Forderung der CDU NRW nach weltraumbezogenen Forschungskapazitäten an den Hochschulen des Landes. Raumfahrt erfordert ein enges Zusammenwirken verschiedener Disziplinen und eine Konzentration von Forschenden.

Weltraumforschung und Raumfahrttechnik haben eine hohe Anziehungskraft für junge Wissenschaftler und Ingenieure. Diesem Potential muß die Chance zur Entfaltung gegeben werden. Die CDU NRW würde es deshalb begrüßen, wenn die entsprechenden Hochschulinstitute des Landes Vorschläge für ein kooperatives Experimentalprojekt mit der Stahlindustrie zur Werkstoffentwicklung und der Schwerelosigkeit anstreben würden.

Blüm: Solidarität mit der Polizei

Die Frankfurter Polizisten-Morde haben nach Ansicht des Landesvorsitzenden der CDU NRW, Dr. Norbert Blüm, schmerhaft in Erinnerung gerufen, daß Gewalt als Mittel in der politischen Auseinandersetzung immer nur menschliches Leid vergrößert und nie bestehende Probleme löst.

Blüm: „Es gibt nichts niederträchtigeres, als Leid und Leben von Mitbürgern aufs Spiel zu setzen. Unsere Anteilnahme gilt den Angehörigen der Ermordeten und verletzten Polizisten. Es ist unsere Pflicht, daß wir nun mit denen Solidarität üben, die uns tagtäglich Schutz gewähren.“

Blüm wandte sich entschieden gegen jede Vermummung von Demonstranten. „Wer friedliche Absichten hat, der kann bei uns jederzeit und überall mit offenem Visier für seine Meinung eintreten. Dies müssen wir auch dem kritischsten Teil der Jugend vermitteln können“, sagte Blüm.

CDU: Landesregierung ist gefordert

Energische Anstrengungen der Landesregierung für den Verbleib der privaten Hochschule Witten/Herdecke im Revier fordert die CDU-Landtagsfraktion. Dazu gehöre neben einem möglichen finanziellen Engagement auch die Schaffung eines freieren und offeneren Forschungsklimas im Lande. Es sei zu befürchten, daß die Landesregierung wieder einmal „viel zu spät auf einen längst abgefahrenen Zug aufspringt“. Im Länderpoker um die Ansiedlung des Hochschul-Campus werde NRW zweifellos die schlechteren Karten haben, solange sich das Land zwar verbal engagiere, aber neben Bund und privaten Spendern zu eigenen

Anstrengungen nicht bereit sei, erklärte CDU-Wissenschaftsexperte Prof. Horst Posdorf.

Posdorf kritisierte scharf, daß „in Bonn zigmillionen an Mitteln für Hochschule und Forschung bereitliegen, die die Landesregierung wegen fehlender Komplementärmittel bisher nicht abruft“.

DISKUSSION: Familienpolitik

Der Landesfachausschuß der CDU NRW Jugend und Familie hat unter Leitung seines Vorsitzenden Antonius Rüsenberg MdL eine Anhörung zu dem Leitantrag des CDU Landesvorstandes in Düsseldorf durchgeführt, um die Auffassung der Verbände und Organisationen in die politische Meinungsbildung der CDU mit einzubeziehen.

Nachdrücklich begrüßten die Anwesenden 31 Vertreter der Wohlfahrts-, Familien-, Frauen- und Jugendverbände aus Nordrhein-Westfalen, daß die CDU NRW das Thema Familienpolitik in den Mittelpunkt einer breit angelegten politischen Diskussion gerückt hat und der CDU-Landesparteitag am 11./12. Dezember 1987 ein umfassendes Programm verabschieden wird.

Nach einer mehrstündigen konstruktiven Diskussion wurden die z. T. auch schriftlich vorgelegten konkreten Vorschläge aufgegriffen. Sie werden dem Landesparteitag vorgelegt.

Rüsenberg: „Wir sind auf dem richtigen Weg mit dem Thema ‚Familienpolitik‘ generell, aber auch dadurch, daß wir nicht nur als Politiker allein auf uns hören, sondern die Auffassung derer berücksichtigen, die außerhalb der CDU in unserem Land an wichtigen Stellen Verantwortung tragen.“

Untertagedeponie gefordert

Fachkongreß „Sonderabfall-Entsorgung“

Über 250 Teilnehmer — Vertreter der Kommunen, der Wirtschaft, der Umweltschutzorganisation und Bürgerinitiativen, der Gewerkschaften und der Arbeitgeber — waren zum Fachkongreß der CDU „Sonderabfall-Entsorgung“ nach Köln gekommen. Die Expertenanhörung mit Diskussion gab Gelegenheit, unterschiedliche Aspekte der Sonderabfall-Entsorgung, die Fragen der Vermeidung, Verminderung, Verwertung — und Aspekte der sachgerechten Behandlung und sicheren Deponierung zu beleuchten. Ziel war es, Bedingungen und Wege aufzuzeigen für ein zukunftssicheres und umweltverträgliches Konzept der Sonderabfall-Entsorgung in Nordrhein-Westfalen

Der Generalsekretär der CDU NRW, Dr. Helmut Linssen, betonte in seinem Grundsatzreferat unsere Verpflichtung gegenüber der Zukunft, gegenüber der nachkommen den Generation: „Wir haben eine Pflicht gegenüber unseren Kindern, von denen wir diese Welt tatsächlich nur geliehen haben. Wir haben diese Pflicht gerade und vor allem bei der Entsorgung unserer Industriegesellschaft. Sie zukunftssicher zu machen, unsere Gesellschaft vom alleinigen Blick auf ein verwöhntes Jetzt-Interesse auf Fernsicht, nämlich auf die Rück sicht zugunsten der Zukunft umzustellen, ist unser aller Aufgabe.“

Fast vier Fünftel der jährlich in der Bundesrepublik Deutschland anfallenden rund 5 Millionen Tonnen Sonderabfälle entstehen in Nordrhein-Westfalen. Schätzungsweise 1,5 Millionen Tonnen Sonderabfälle können wir in der Bundesrepublik nicht entsorgen. Den Transport ins Ausland kann aber keine auf Dauer verantwortbare und praktisch politische Lösung sein.

Eine geordnete Sonderabfall-Wirtschaft sei u. a. auch nötig, um Industrie, Handel und damit Arbeitsplätze in unserem Land dauerhaft sichern zu können. Denn eine

geregelter Entsorgung werde immer mehr zum wichtigen Standortfaktor.

Der Generalsekretär forderte deshalb eine Untertagedeponie für Nordrhein-Westfalen. Die Abhängigkeit von der Deponie in Herford-Neurode (Hessen) könne kein Dauerzustand sein.

Politik könne und dürfe sich nicht darauf beschränken, vordergründigen und schnellen Beifall zu erzielen. Gerade auch im Umweltbereich brauchten wir nachprüfbare Kriterien für gute, konsequente, schlüssige und langfristig gültige Entscheidungen.

Wir müssen die Zusammenhänge deutlich machen, wir müssen verstärkt in verletzten Systemen denken, nicht so sehr in einzelnen Kategorien, Branchen oder Problemfeldern.

Politik müsse Überzeugungsarbeit leisten, aber sie dürfe sich nicht unbequemen Diskussionen entziehen.

„Wir haben die Verpflichtung, die Argumente sachlich gegeneinander zu stellen, offen zu informieren, das Für und Wider abzuwägen und die nach dem aktuellen Stand der Technik beste Lösung zu wählen. Stimmungsmache ist kein Ersatz für

das Ringen um die bestmögliche Lösung.“

Die eingeladenen Experten waren Vertreter der Verwaltung, der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Gewerkschaften. In kurzen Referaten und Statements konnten sie die unterschiedlichen Gesichtspunkte nur schlaglichtartig erhellen. Hieraus, sowie aus der Plenumsdiskussion ergeben sich für die CDU folgende Forderungen:

1. Alle Möglichkeiten zur Vermeidung und Verwertung von Abfällen auszuschöpfen und neue Möglichkeiten zu erschließen.
2. Dafür zu sorgen, daß Entsorgungskonzepte und Entsorgungspläne für alle heute und künftig zu entsorgenden Abfälle erarbeitet werden.
3. Dafür zu sorgen bzw. mitzuhelpfen, daß Standorte für die als erforderlich angesehenen Abfallentsorgungsanlagen ausgewiesen werden.
4. Dafür zu sorgen bzw. mitzuhelpfen, daß die als erforderlich angesehenen Abfallentsorgungsanlagen geplant, zugelassen und errichtet werden. In diesem Zusammenhang sollten AGfE und BlmSchG so harmonisiert werden, daß nicht nur Produktionsanlagen sondern auch Abfallentsorgungsanlagen für begrenzte Zeit nach einem vereinfachten Verfahren zugelassen werden können, um fortschrittliche Entsorgungsanlagen erproben zu können.
5. Dafür zu sorgen, daß Bürger, Wirtschaft und interessierte Öffentlichkeit rechtzeitig und umfassend über die Probleme der Abfallentsorgung und die dazu erforderlichen Anlagen unterrichtet werden.
6. Dafür zu sorgen, daß die in der öffentlichen Verwaltung mit Umweltschutzaufgaben beauftragten Mitarbeiter regelmäßig und ausreichend fortgebildet werden.

Initiative der Frauenvereinigung:

„Ja zum Leben, ja zum Kind, wir sind verantwortlich“

Immer noch geraten Mütter und Väter in erhebliche Konflikte, wenn sie in schwierigen Lebensumständen ja zum Kind sagen, weil wir mit unserer Solidarität hinter dem zurückbleiben, was für die Betroffenen erforderlich ist. Der Bundesvorstand der Bundesfrauenvereinigung hat im Juni 1987 beschlossen, Initiativen zu ergreifen, um für in Not geratene Mütter und Väter mit ihren Kindern zusätzliche unbürokratisch handhabbare Hilfen zu schaffen. Dabei wurde er von der Überzeugung geleitet, daß wir „kleine Lebenswelten“ und „soziale Netzwerke“ brauchen, in denen Mütter und Väter mit ihren Kindern menschliche Zuwendung erfahren, Betreuungsmöglichkeiten für ihr Kind erhalten und auch, wo erforderlich, vorübergehende finanzielle Unterstützung finden. Eltern mit Kindern, vor allem Alleinerziehende, brauchen in ihrer umittelbaren Umgebung Menschen als Ansprechpartner und Helfer im Alltag – Menschen, die als Paten die Verpflichtung zur Hilfe übernehmen. Deshalb ist gedacht an „Patenschaften“, die in Situationen der Not und Krise dort weiterhelfen, wo gesetzliche und freiwillige Leistungen allein nicht ausreichen.

Unsere Landesvorsitzende Leni Fischer bittet Sie sehr herzlich, die Bundesinitiative aufzugreifen und sich aktiv an der Umsetzung zu beteiligen.

2. Landesdelegiertentagung der Frauenvereinigung, Samstag, 12. Dezember 1987, Duisburg (eine halbe Stunde nach Beendigung des 4. Landesparteitages der CDU NRW).

Zur Diskussion gestellt

Frauen in die Bundeswehr?

Etwa 100 Teilnehmer(innen) besuchten am 18. November 1987 die in Iserlohn stattfindende Fachtagung der Jungen Union Nordrhein-Westfalen zum Thema „Frauen in die Bundeswehr“. Nach einer Einführung der stellvertretenden Landesvorsitzenden Cornelia Yzer, hielt der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willi Wimmer, MdB, ein Grundsatzreferat über die verteidigungspolitischen Notwendigkeiten in den 90er Jahren. Nach einer kurzen Schilderung der weltpolitischen Lage und der globalstrategischen Zusammenhänge bemerkte Wimmer, daß man die historischen Erfahrungswerte, die mit Frauen, die den Dienst an der Waffe im Zweiten Weltkrieg ausgeübt haben, in der weiteren Diskussion keinesfalls außer acht lassen dürfe.

Dr. Friedhelm Krüger-Sprengel, Ministerialdirigent im Bundesministerium für Verteidigung, wies darauf hin, daß der Staat als möglicher Dienstherr verpflichtet ist, eine juristische Definition über den Status der Frauen in der Bundeswehr zu geben. Täglich erreichen das Verteidigungsministerium viele Briefe junger Frauen, in denen die Öffnung der Bundeswehr für Frauen gefordert wird. Geringer sei die Anzahl der ablehnenden Briefe, die darauf hinweisen, daß im Klima der Entspannung nicht auch noch die Öffnung der Bundeswehr für Frauen betrieben werden solle.

In einer weiteren Stellungnahme betonte Christa Thoben, MdL, stellvertretende Landesvorsitzende der CDU NRW, daß

Frauen auf keinen Fall eine Lückenbüsserfunktion in der Bundeswehr erfüllen dürfen. Da sie ausschließlich der Verteidigung diene, sollte sie für beide Geschlechter geöffnet werden. Weil es kein spezifisch männliches oder weibliches Gewissen gibt, müsse auch der Dienst an der Waffe für Frauen erlaubt werden. Es darf nicht gewartet werden, bis alle Bedingungen und Aufstiegschancen für Frauen in der Bundeswehr optimal sind. Ein schrittweiser Änderungsprozeß in der Gesellschaft muß angestrebt werden, aber ohne daß die spezifischen Eigenschaften von Männern und Frauen verlorengehen.

In einem weiteren Referat weiß Jörg Eßer, der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes im Bereich NRW, die Teilnehmer der Fachtagung darauf hin, daß die Benachteiligung der Frauen schon im Sanitätsdienst anfängt. Während männliche Sanitätsoffiziersanwärter an einer von ihnen frei gewählten Universität auf Kosten des Bundes Medizin studieren können, müssen Frauen erst ihre Approbation vorlegen, ehe sie sich im Sanitätsdienst bewerben dürfen. Es widerspricht der Würde der Frau, diese Lückenbüsserfunktion ausfüllen zu müssen in einem Bereich, wo Männer fehlen.

Des weiteren folgte eine lebhaft geführte Diskussion mit Soldaten(innen) der U.S. Army und der britischen Rheinarmee sowie einem weiblichen Sanitätsoffizier der Bundeswehr. Die Teilnehmer der Fachtagung nahmen die Gelegenheit wahr, besonders die weiblichen Soldaten nach ihrer Ausbildung, dem täglichen

CDU Nordrhein-Westfalen

Dienstablauf, den Karrierechancen und zu ihrem Verhältnis zu den männlichen Kollegen zu fragen.

Der Landesvorstand der Jungen Union Nordrhein-Westfalen faßte am 19. November 1987 den Beschuß, daß Frauen der freiwillige Dienst in der Bundeswehr auch mit der Waffe ermöglicht werden müsse. Dazu wurde ein Initiativantrag formuliert, der auf dem Landesparteitag der CDU vorgelegt werden soll. Dieser Initiativantrag ist auf dem Deutschlandtag der Jungen Union

(20. bis 22. November 1987) mit großer Mehrheit angenommen worden.

Kommunale Rockmusikförderung

Die Landesmusikakademie veranstaltet vom 8. bis 11. Dezember 1987 in der „Börse“, Wuppertal, ein Seminar „Kommunale Rockmusikförderung“. Nähere Einzelheiten und Anmeldungen bis zum 21. November 1987 bei der Landesmusikakademie, PF 230, 4438 Heek-Nienborg, Tel. (02568) 2071.

Termine

28. 11. 1987	10.00 Uhr	CDA, 40 Jahre Herne	Herne
30. 11. 1987	16.00 Uhr	LFA Sport	Düsseldorf
3. 12. 1987	17.00 Uhr	LFA Wissenschaft und Forschung	Düsseldorf
4. 12. 1987	20.00 Uhr	Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, MdB „Langfristige Perspektiven der Energie- und Umweltpolitik“*	Herne
9. 12. 1987	19.00 Uhr	Staatssekretär Dr. Volkmar Köhler, MdB „Deutsche Entwicklungspolitik zwischen humanitärer Verpflichtung und wirtschaftlichen Interessen“*	
11./12. 12. 1987		Landesparteitag der CDU NRW	Krefeld
15. 12. 1987	19.00 Uhr	Staatssekretär Dr. Ludolf von Wartenberg, MdB „Die Zukunft gehört dem Mittelstand“*	Duisburg
★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★			
7. 1. 1988	16.00 Uhr	LFA Kultur	Gelsenkirchen
20. 1. 1988		LACDJ — Vorstand + Beirat	Düsseldorf

*) Anmeldung und Programm: Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW, Wasserstraße 5,
4000 Düsseldorf, Telefon (0211) 136000